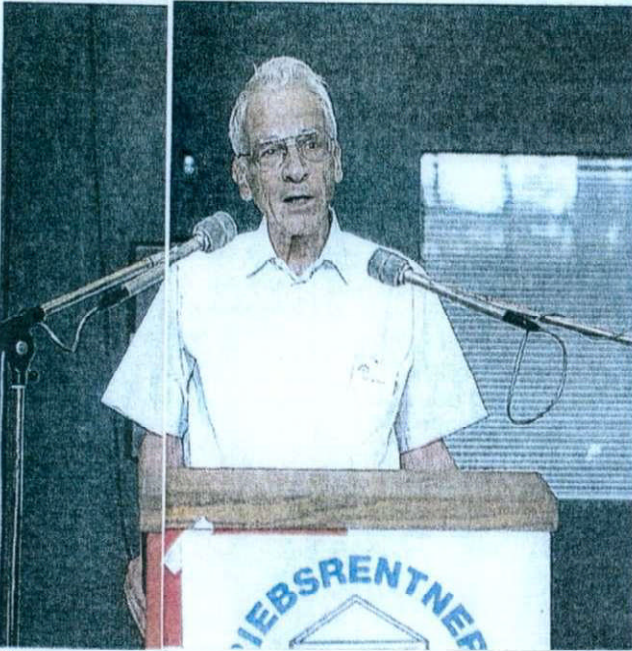


Gegen Zweiklassenrecht bei Altersversorgung

Dipl.-Ing. Otto W. Teufel spricht bei der Jahresversammlung der Betriebsrentner e. V. in Dießen



„Wir haben kein Finanzierungsproblem der Rente, sondern ein Verteilungsproblem“, sagt Dipl.-Ing. Otto W. Teufel in seinem Referat. Fotos (3): Kramer

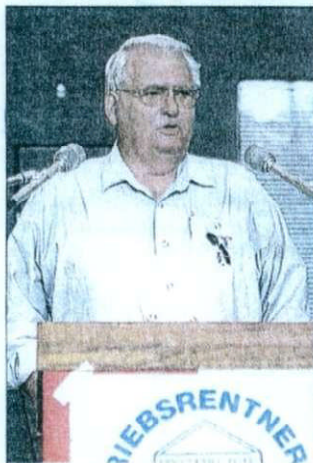
Dießen – Am vergangenen Freitag fand die 9. Jahres-Mitgliederversammlung der Betriebsrentner e. V. in der Dießener Mehrzweckhalle statt. 330 Mitglieder halten den Weg nach Dießen genommen und daran teilgenommen. Mit einem kritischen und auch polemischen Hauptreferat von Dipl.-Ing. Otto W. Teufel, 2. Vorsitzender der Aktion Demokratische Gemeinschaft e. V. (ADG) über das Zwei-Klassen-Recht in der Altersversorgung, das zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in Deutschland führe, begann die Tagung. Es folgte ein positiv-konstruktives Kofeferat des 1. Vorsitzenden der Betriebsrentner, Heider Heydrich betitelt mit „Antwort auf die soziale Schieflage“, in der er das Verhältnis der verschiedenen Generationen beleuchtete, startete die Tagung.

2000er Marke überschritten

Schatzmeister Johann Lindner aus Dießen begrüßte die Teilnehmer. Die Zahl der Mitglieder des Vereins steige kontinuierlich und habe dieses Jahr die 2000er Marke erreicht, wie der Wörthseer Heydrich stolz feststellte. Mit Otto W. Teufel, hatten die Betriebsrentner einen künftigen Referat gefunden, der öffentlich zugängliches Datenmaterial mit den historischen Wurzeln unseres Ren-

tenrechts und der gegenwärtigen Rentensituation kombinierte.

Die Grundaussage Teufels, eines ehemaligen Siemens-Ingenieurs und Bruders des vergangenen Jahr verstorbenen berühmten Kommunearden Fritz Teufel ist, dass die unterschiedlichen Versorgungssysteme im Alter, die es für



Johann Lindner, Schatzmeister der Betriebsrentner aus Dießen.

die Menschen in Deutschland gebe, ein Relikt des Ständestaats des 19. Jahrhunderts sei. Je nachdem man als Arbeitnehmer, Selbständiger oder Beamter seine Lebensarbeitszeit verbringe, sei sie verschieden. Das ist in Europa einmalig.

„Wir haben“, sagte Teufel, „in Deutschland unterschiedliche Systeme für die Altersversorgung. Die gesetzliche Rentenversicherung, die Politikerversicherung, die Beamtenversorgung und die berufsständischen Versorgungssysteme für die Selbständigen.“ Teufel erklärt weiter, dass „heute zwar Selbständige, Beamte und Richter eine angemessene Altersversorgung bekommen, uns Arbeitnehmer beziehungsweise Rentner aber wird das verweigert, obwohl wir erhebliche Beiträge dafür zahlen, beziehungsweise gezahlt haben.“

Die durchschnittliche Rente habe sich in den vergangenen 30 Jahren halbiert, während die Altersversorgung von Beamten um das Zweieinhalbfache und die der Selbständigen um das Doppelte gestiegen sei.

Versicherungsfremde Leistungen

Des Weiteren seien die versicherungsfremden Leistungen, für welche die Rentenversicherung aufkomme, Sache des Bundes. „In keinem einzigen Jahr seit 1957 ist der Bund auch nur annähernd seinen Verpflichtungen nachgekommen. Der nicht gedeckte Betrag summiert sich inzwischen auf rund 700 Milliarden Euro, ohne Zinsen, wohlgemerkt“. 1957 hatte die damalige Bundesregierung die Rente vom Kapitaldeckungsverfahren auf das Umlagever-



Heider Heydrich, 1. Vorsitzender der Betriebsrentner.

fahren umgestellt und somit den Eigentumsschutz für die Rentenbeiträge aufgehoben. Dass die Renten nicht zahlbar seien, wertete Teufel als Lüge. Es handele sich vielmehr um ein Verteilungsproblem als um ein Finanzierungsproblem.

Gleiches Recht für alle Bürger

Teufel schloss seinen Vortrag mit einem Aufruf: „Wir wollen“, appellierte er an die Teilnehmer, „gleiches Recht für alle Bürger. Wenn wir schon unterschiedliche Systeme der Altersversorgung akzeptieren müssen, verlangen wir Gleichheitssatz, Rechtsstaatsprinzip und Eigentumsschutz auch für Arbeitnehmer und Rentner.“

Heydrich nannte in seinem Vortrag das von Teufel geschilderte Zweiklassensystem in der Altersversorgung als die „wahre Tragödie unseres Staates“. Er verwies auf die Vielzahl von Arbeitnehmern, die „nicht genug verdienen, um den täglichen Bedarf zu decken und Vorsorge für ihr Alter zu betreiben“, und weiter: „Jeder fünfte Deutsche bekommt für seine Arbeit nur einen Niedriglohn. Rund 20,7 Prozent der Beschäftigten hier im Land, das sind 6,55 Millionen Arbeitnehmer, haben im Jahr 2008 einen Lohn erhalten, der noch unter der Niedriglohnschwelle der Industrienationen lag. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Niedriglohnpfänger um 2,3 Millionen Menschen gewachsen. Im Jahr 2008 verdiente eine Million Bundesbürger laut einer Studie weniger als fünf Euro brutto die Stunde. Gut zwei Millionen Menschen haben für einen Stundenlohn von unter sechs Euro brutto gearbeitet. Solche extrem niedrigen Stundenlöhne seien erwartungsgemäß in Ostdeutschland besonders verbreitet. Etwa jeder achte ostdeutsche Beschäftigte, 12,8 Prozent der Bevölkerung, habe 2008 weniger als sechs Euro pro Stunde verdient.“

Es sehe schlecht aus für die Zukunft dieser Arbeitnehmer. „Mindestens 6,5 Millionen Bundesbürger haben keine auskömmliche Existenz und keine Aussichten auf ein abgesichertes Leben im Alter. Eine tickende Zeitbombe.“

Nicht in der Glitzerwelt der Öffentlichkeit

„Wir arbeiten nicht in der Glitzerwelt der Öffentlichkeit“ charakterisierte Heydrich die Tätigkeit in seinem Verein. Die Entwicklung der aktuellen Mitgliederzahlen des Vereins der Betriebsrentner zeigt aber, wie sehr sich dieses Engagement doch in der Öffentlichkeit herumspricht.

amk